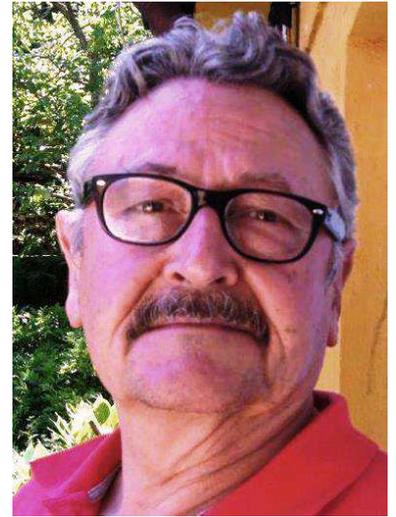


40 JAHRE RADIKALENERLASS

Ein abgeschlossenes Kapitel im „Land der Freiheit“?

Der Fall Heinrich Blasenbrei

Dipl.Ing.(FH), Bauingenieur



Heinrich Blasenbrei
Besigheim geb. 1948

01. Mai 1974 Anstellung beim RP Stuttgart als Angestellter in der Abteilung Wasserwirtschaft.

02. Juli 1974 Das IM teilt dem RP mit, dass gegen H. Blasenbrei folgende „gerichtsverwertbaren **Erkenntnisse**“ vorliegen:

1. Vorsitzender des der Außerparlamentarischen Opposition zuzurechnenden Club Voltaire in Stuttgart.
2. Bundesvorstandsmitglied des Marxistischen Studentenbunds MSB Spartakus 1973/74. Dieser Tatbestand „lege die Annahme äußerst nahe“, dass H. Blasenbrei auch Mitglied der DKP sein könne.

Die Gewerkschaft ÖTV solidarisiert sich mit Heinrich Blasenbrei und übernimmt den Rechtsschutz.

Der Personalrat des RP lehnt eine Kündigung zunächst ab. Nach massiver Bearbeitung des Personalrats durch das Innenministerium stimmt der PR der Kündigung dann doch zu.

Im Verlaufe einer persönlichen Unterredung zwischen H.B. und dem damaligen Regierungspräsidenten Dr. Römer beteuerte der, dass er für einen Verbleib von H.B. im Amt plädiere.

28. Oktober 1974 Das IM teilt dem RP mit, „dass das Arbeitsverhältnis mit dem Angestellten Heinrich Blasenbrei unverzüglich durch ordentliche Kündigung beendet werden sollte.“

Der MSB Spartakus sei zumindest teilweise verfassungswidrig und es sei naheliegend, dass H.B. Mitglied der ebenfalls verfassungsfeindliche Ziele verfolgenden DKP sei.

Das RP kündigt das Arbeitsverhältnis auf Ende Oktober 1974.

Heiner Blasenbrei beteuert in mehreren Anhörungen,

- dass sein ganzes politisches Engagement gerade auf die Verteidigung der Verfassung und der parlamentarischen Demokratie ausgerichtet sei,
- dass seine politische Erziehung geprägt war durch Widerstand der Familie gegen Diktatur und Krieg (Großvater im KZ Heuberg wegen SPD-Engagement, Eltern und Verwandtschaft während der NS-Herrschaft permanent unter Druck) und
- dass er eine Veränderung der Gesellschaft nur im Sinne von demokratischem Sozialismus anstrebe.

Oberbürgermeister Manfred Rommel, 1974 während des OB-Wahlkampfes mit dem Fall H.B. konfrontiert, erklärt, dass er im Falle seiner Wahl den Sachverhalt prüfen wolle und gegebenenfalls H.B. bei der Stadt Stuttgart eine Anstellung vermitteln würde.

Ca. 1 Jahr nach Rommels Wahl zum OB erhält H.B. den Anruf eines Beauftragten der Stadt, mit der Frage, ob er noch auf Arbeitssuche sei. H.B. hat zu diesem Zeitpunkt nach ca. eineinhalbjähriger Arbeitslosigkeit wieder eine Anstellung in der Privatwirtschaft.

1976-1989 beschäftigt bei einer Stuttgarter Wasseraufbereitungsfirma

1989- 2013 selbständig mit einem Ingenieurunternehmen
(Bau von Erneuerbaren Energieanlagen)

Heute Rentner mit Engagement im Bereich Bürgerenergie/Energiegenossenschaften